

Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker,
Bauhilfsarbeiter und Steinarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Rüdernsdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 Pfg. (ohne
Postgeld), bei Zusendung unter Kreuzband
1,70 Mk.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Pettizelle 40 Pfg.

Schriftleitung:

Berlin O., Rüdernsdorferstraße 60

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen etc. sind an
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag abends 6 Uhr.

Nummer 16.

Berlin, den 19. April 1908.

9. Jahrgang.

**Kollegen, setzt mit neuen Kräften in die Frühjahr-Agitation ein;
betreibt Bauen- und Haus-Agitation!**

Inhaltsverzeichnis.

Junggrün. — Rundschau auf dem Wirtschaftsmarkte. —
Zweite Landeskongress der christlichen Gewerkschaften
Badens. — Rundschau: Herr Dr. Wiedfeldt. Ueber die Lage
im Baugewerbe. Die Tarifverhandlungen in der Holzindustrie.
Das Reichsvereinsgesetz. Ausperrung im Pariser Baugewerbe.
In Stockholm. — Wirtschaftliche Bewegung. — Verbands-
nachrichten: Hamm. Bilsb. Coesfeld. Dissen. Witten.
Dem Verwaltungsbericht der Steinbruchberufsgenossenschaft vom
Jahre 1906. — Soziale Wahlen. — Von den Arbeitsstellen.
— Briefkasten. — Bekanntmachungen. — Sterbetafel. —
Anzeigen.

Junggrün.

Dem Alten ist der Untergang geschworen,
Kerwesung greift um sich, die Stoffe gären,
im Schmerz wird die neue Zeit geboren.
Chamisso.

Ist das nicht eine merkwürdige Erscheinung, daß Unter-
nehmer heute, nachdem der deutschen Arbeiterchaft seit 50
Jahren und mit großem Erfolg der Gewerkschaftsgebäude vor-
gedreht worden ist, noch dazu kommen, sogenannte „gelbe“
Organisationen zu gründen? Um heutzutage zu werden; daß
Unternehmer heute noch mit Vertrauen auf Erfolg Arbeiter
um sich scharen können, die auf freien Willen, Mitbestimmungs-
recht und Gewerkschaftsrecht verzichten, zugunsten ihrer Arbeit-
geber? In allen Gewerben zeigt sich dies Bestreben, ja eine
Industriellenversammlung in Köln hat unlängst gerade die
Gründung von gelben Vereinen als eine Hauptaufgabe der
Industrie bezeichnet. Wie kommt das?

Den gelben Bestrebungen liegt auf Seiten der Arbeitgeber
eine besondere Auffassung vom Menschen und speziell
vom Arbeiter zugrunde. Sogar ein Unternehmer denkt vielleicht
etwa: „Die Masse der Arbeiter ist dumm und einflusslos. Sie
ist unfähig selbständig zu denken und zu handeln und tragt ge-
dankenlos dem Führer nach. Diese Masse kennt kein Streben
nach höherer Lebensaufassung. Sie ist auf dem Bau, im
Wirtschaftshaus, im Einzelhandel; betrachtet ihr Familienleben;
wie roh, wie gemein das alles. Essen, Trinken, Vergnügen,
Schlaf und Arbeit, das ist ihr Lebensprogramm. Das Gerede
von einem Idealismus der Arbeiter, von Standesbewußtsein,
Standesehre, Kollegialität und Brüderliebe ist faules Gerede.
Selbsttätigkeit und Genußsucht sind die Triebfedern ihres Handelns.
Und bei all ihrem Aufbegehren ist diese Masse ängstlich und
feige. Werden wir etwas Krante und etwas Furchtbar an
und wir haben sie für uns.“ — Kollege, der du diese Zeilen liest,
du entscheidest ob solchem Urteil! Aber gestehe: das Urteil enthält
auch Wahres; es ist nur übertrieben, verallgemeinert. Es gibt
solche Standeskollegen, ja mancher, der bereits in unseren Reihen
steht, hat das eine oder andere dieser „Skandalen“ noch
nicht völlig abgestreift. Untersuchen wir nicht, warum viele
Arbeitskollegen so sind, wie sie sich mancher Unternehmer und
andere Leute denken — es gibt Gründe genug, die es uns er-
klären. Doch lassen wir den Stier gleich bei den Hörnern...

Dumm und einflusslos! Was ist ein Teil der ab-
seits vom Organisationsleben stehenden Kollegen anders als
das! Gleichgültig leben sie in den Tag hinein. Sie verlieren
das Denken; ihr Gehirn rostet ein. Sie sehen nur, so weit ihre
Nase reicht und haben keine Meinung. Die Armen! Wir wollen
sie aus diesem Jammerdasein des Stumpfseins herausretten,
sie sollen denken, sehen und fühlen, wie es alle sollen, die
Menschentum tragen. Wenn wir zur Organisation kommen,
soll es freier Entschluß, heilige Überzeugung sein. Wir brechen
damit die Brücke ab, die uns mit dem alten Dasein verbunden
hat. Der Schritt zur Organisation soll ein Schritt zu höherer
Lebensauffassung und zu höheren Zielen sein. Unwürdig sei
der unter uns, der nicht den Mahnungen der Organisation folgt
nach Erwerb von Wissen und Bildung. Da gibt es keine
Wenigen. Jeder Tag soll uns weiter die Augen und das Herz
welken, die Brust freier machen.

Idealismus. Da wird gesagt, nur die Selbstsucht treibe
uns zusammen. Mag sein, daß mancher so zu uns kommt.
Über uns geht doch allen das große Verständnis für die Zuge-
hörigkeit zu einem besonderen Stand, dem Arbeiterstand, auf.
Wir fühlen uns als „einig Volk von Brüdern“. Wir haben nicht
nur die Lebensbedingungen mit einander gemeinsam, nicht nur
gleiche Mühe, gleiche Sorge, gleiche Not, sondern auch die
gleiche Sehnsucht nach Besserung und denselben Willen
unseren Stand zu heben. Das schmiedet uns mit ehernen Banden
zusammen. Auf diesem Boden gedeihen wahre Brüderliebe,
wahres Solidaritäts- und Kollegialitätsgefühl.

Die „Sucht nach wahrem Genießen“ soll der Inhalt unseres
Strebens sein? Die das behaupten, kennen uns nicht. Wir
haben begriffen, daß wir an der Zukunft eines Standes bauen.
Gibt es eine Ehre der Arbeit, so auch eine Ehre des Ar-
beiterstandes. Unsere Sorge ist, daß diese Wahrheit nicht in
Vergessenheit gerät in einem Zeitalter, da man ohne Arbeit
viel Geld verdienen kann. Wir sind noch weitab von dem Ziel.
Die Gleichwertung des Arbeiterstandes im ganzen öffent-
lichen Leben ist noch lange nicht praktisch durchgeföhrt, wie
das Bedürfnis nach Gleichwertung und Gleichberechtigung noch
hunderttausenden unserer Standeskollegen abgeht. „Gehet forderet
Schweiß.“ Wir dürfen nicht mit verschrankten Armen abwarten,
wie sich der Tag heraufkämpfen wird, der uns allen anderen
Ständen im Wohlleben gleichsehen soll; wir haben mit zu-

kämpfen, innerhalb des Kreises unserer Standes-
kollegen und außerhalb, wo man unserem Stand die gebüh-
rende Achtung verweigert. Unser Blick muß sich verschärfen für
solche Vorgänge und unser Gefühl verfeinern. Wenn Unter-
nehmer Arbeiter Reverenz zur Unterschrift vorlegen, in denen
sie auf ihr Koalitionsrecht verzichten, so ist das charakteristisch
für die Unternehmer wie für Arbeiter. Nicht jeder Arbeiter-
schaft mutet man solche Erniedrigung zu; nicht allerorts
— Gott sei Dank! — finden die Arbeitgeber Knechte, sondern
freie Arbeiter.

Die Freiheit wird als hohes Gut des Deutschen gepriesen.
Sie verdient es auch. „Freiheit dem Menschengeschlecht, Knecht-
schaft dem Tiere geziem.“ Das Wort Freiheit hat bei uns un-
selbständigen Lohnarbeitern einen besonders tiefen Klang. Wir
fühlen Kämpfe, büden uns und unserer Familie große Opfer
auf, um uns Freiheit und Mitbestimmungsrecht als Arbeiter zu
wahren. Kein Opfer erscheint uns da zu groß. Wir wissen, daß
wir Raum schaffen müssen für ein freies Geschlecht. Aber so
tief wie unser Freiheitsverlangen, sei auch unser
Pflichtbewußtsein. Das soll man von uns nicht sagen
können: „Sie wollen frei sein und verstehen nicht gerecht
zu sein!“ Dem halten wir gegenüber: „Wer edel, unzeitigmäßig,
großmütig denkt, ist überall frei, wer niederträchtig, eigen-
nützig, kriechend denkt, ist überall Sklave.“ Wir dürfen das
Wort „gerecht“ in unserem Programm führen, weil wir große
Ideeale haben, die ihm Inhalt geben. Wir haben die Ideale
des Christentums, an denen wir unsere Forderungen
messen, an denen sich unser Geist stets erneuert.

„Gehet forderet Schweiß.“ Kommen wir darauf zurück. Es
ist etwas Wahres daran, wenn man dem „neuen Jahre“ nachsagt,
daß ihm Kühnheit, Mut, vor allen Dingen die Ausdauer
in der Verfolgung von Zielen abgehe. Die Arbeitgeber,
die auf die ängstlichen Gemüter spekulieren, rechnen gewöhnlich
auch mit der rasch abfliehenden Begeisterung der Arbeiter für
große Ziele, die Schwierigkeiten bieten. Wie es Männer
gibt, auf die das Wort zutrifft: „Die Seelen finden dann und
wann nicht ihren rechten Leib, darum in so manchem Viebermann,
steckt oft ein altes Weib“, so gibt es eine Anzahl, die nicht ver-
stehen will, daß ganze Menschen geschlechter an der Lösung
großer Aufgaben arbeiten müssen. Dies sind Kleinläubige unter
uns, die wir immerfort klagen und aufklären müssen. Andere
haben es nicht notwendig. Sie lernen aus der Betrachtung der
Geschichte, der Natur und — das Gute liegt so nahe — sogar
das Werden und Vergehen in der Natur gibt ihnen Lehren.
Sicht, welche Widerstände findet nicht das keimende Leben,
der aufsteigende Saft in den hartnäckigen Stämmen des Winters.
Und doch ohnmächtig ist seine Mut gegenüber dem sich durch-
ringenden neuen Leben. „Blasst nur ihr Stürme, blasst mit Macht;
uns soll darob nicht hangen.“ Und wenn heute eine dräu-
ende Wetterwolke aufzieht, wenn aus düsterem, graugelbem Him-
mel die Hagelschlossen auf die junge Saat niederprasseln, hinter
ihnen leuchtet die Sonne des Lebens. Sie weht und weht, und
bald grünt der Hag und der Wald und die Anjeln schlagen.
Lernen wir daraus für unser Organisationsleben. Ist es stark
und gesund, haben unsere Mitglieder tief innerlich begriffen,
was ihre Bewegung will, dann laß die Stürme blasen...
„auf heißen Sohlen über Nacht, kommt doch der Lenz gegangen.“
Nutzen wir die Zeit der Beratungen um uns herum aber auch
selbst aus zur Verstärkung unserer Bewegung. Frisch sei unser
Eifer, frisch unser Zukunftsvertrauen, denn: unser der Segen
gemeinsamer Arbeit.

Rundschau auf dem Wirtschaftsmarkte.

Frühlingstürme. — Hoffnungen und Zweifel anlässlich der wirt-
schaftlichen Lage.

Es geht überall so: stellt sich eine neue Lage herausfinden,
dann zuckt es den Interessenten gleichsam in den Fingern. Sie
würden am liebsten was da eben schlückern keimen will, mit
beiden Händen herausreißen und zerren, damit es nun auch
gleich in seiner ganzen Gestalt vor ihnen stehe und sie in gemäch-
licher Beurteilung sich die Frage beantworten können: Was ist es
denn nun, was wir an ihm haben? Geht's nicht draußen in
der Natur so? Kaum ist es dem Frühling gelungen, an Baum
und Strauch die zarten Knospen hervorzuzaubern — und schon
starrt der und jener mit gierigem Auge an jedem Morgen hinaus,
ob nicht über Nacht Blatt und Blüte daraus geworden, und
schleicht sich mühsam wieder heim, weil's „zu langsam geht“.
Derweilen heult der Frühlingsturm sein hohles Kampflied gegen
den Hartnäckig sein Feld behauptenden Winter. Nein, der
Kampf ist noch immer nicht ausgekämpft!

Auf dem Wirtschaftsmarkte zumal. Noch immer nicht hat
die Stegmelodie sich durchringen können. Man höre nur,
welchen Text die so wenig sentimentalen Verhältnisse dazu
schreiben. Da tönt es in bunter Folge:

Auffällig hoch ist die Zahl der Zwangsversteigerungen für
den Monat April. An den zehn Amtsgerichten in Groß-Berlin
finden nicht weniger als 118 Subhastationen von Grundstücken
statt; hieran sind beteiligt das Amtsgericht Charlottenburg mit der
höchsten Anzahl von Versteigerungen, nämlich 24, Berlin-Mitte
mit 22, Wedding mit 19, Rixdorf mit 16, Pankow und Tempelhof
mit je 8, Groß-Dickersfelde mit 7, Nichtenberg mit 6 und
Schöneberg und Weihensee mit je 4 Grundstücksversteigerungen.
Zeichen der Zeit! Wenig erfreuliche — und der Wirtschaftsbar-
ometer sinkt besorgt bis dahinunter, wo „trüber Ausblick“ an-
gezeigt steht.

Er sinkt. Denn er hatte in frischem Wagemut sich bereits
etwas höher hinaufträktiert. Dazu gab die Meldung von be-
ruhigenderen Aussichten für das Baugewerbe Anlaß. Wir ge-
dachten der Verhandlungen schon im vorigen Bericht. Sie haben
inzwischen zu einem Abschlusse geführt, der in all gemeinen

wenigstens eine vorläufige Ruhe erhoffen läßt. Damit ist aber
sicherlich schon viel erreicht. Denn wäre der wirtschaftliche
Rückgang auch noch mit dem drohenden Riesenkampfe belastet
worden, so würden wir zweifellos bedenklich nahe an den
„Gefrierpunkt“ gerückt sein. Freilich bergen die erforderlich
werdenenden Vork- und Bezirksverhandlungen noch manchen Ex-
plosivstoff in sich, dessen nicht äußerste vorsichtige Behandlung
schließlich zu großen Verheerungen für manche Gebiete führen
könnte. Aber eine Belebung wird der Baumarkt zweifellos
erfahren, und er hätte sie gewiß schon in sichtbarer Weise
erfahren, wenn die bisherige Ungewißheit in bezug auf die
schwebenden Verhandlungen den alleinigen Stein des Anstoßes
gebildet hätte. Das aber trifft — leider — nicht zu.

Da ist noch ein Schmerzenskind, das auch „ein Wort mitzu-
sprechen hat“, und dessen eigenartiges Verhalten die erwähnte
Ruhe nicht aufkommen läßt. Wir meinen den Geldmarkt. „Um
den heimischen Geldmarkt“, so schreibt die „Kölnische Volkszeitung“,
„ist es nach wie vor sehr merkwürdig bestellt, wogegen man in
London und Paris wieder mit Leichtigkeit über die Vierteljahrs-
wende hinweggekommen ist. Bei uns aber wurde Geld auf kurze
Fristen sehr teuer, weil sich jedermann nicht auf lange Fristen
festlegen wollte, sondern baldige wesentliche Erleichterung er-
hoffte.“ Tatsächlich war eine solche Erleichterung, eine Besserung
bereits eingetreten. Auch hier schien sich der Frühling ein-
stellen zu wollen, und die Börse trug zeitweilig eine günstigere
Auffassung und Beurteilung zur Schau. Da stellt sich als un-
gerufener „Spielverberber“ das „teuere“ Reich ein und hat ent-
setzliche „Pump“-Gedanken. Und eine Reihe großer Gesellschaften
und viele Gemeinden hat das böse Beispiel angefaßt, durch
deren Gehirn nun auch der Gedanke an den bösen Rammion seine
unschöne Spur zieht. Was aber Reich und Staat sich leisten
könnte einen schwindelig machen. Da ist die „erschütterliche“ Rede
von neuen Anleihen im Gesamtbetrage von 650 bzw. 850 Mill. M.
Hiermit schwingt sich die fanatische Staatsführung des Reiches und
der Bundesstaaten auf die lieblich (wegen der netten Zahlen)
annunrende Höhe von 16 070 593 000 M. Darunter sind an-
nährend 7 Milliarden M Eisenbahnschulden. Von der Gesamt-
last entfallen 3 633 Millionen M — darunter 208 862 000 M
Eisenbahnschulden — auf das Reich, während Preußen, das
2 987 016 000 M in Eisenbahnen angelegt hat, mit unverwilt-
lichter Schneidigkeit seine 8 154 616 000 M Schulden tragen wird.
Mit der Schuldenvermehrung — daß ein Uebel doch nie allein
kommt! — klettert natürlich auch der Zinsdienst entsprechend
empor und zwar durch die Anleihen im laufenden Jahre um
etwa 50 Millionen M pro Jahr.

Wenn bei dem kühnen Aufstieg auf diesen Goldgleiter nicht
der Atem ausgegangen, der Folge uns weiter auf unserm Früh-
jahrsausflug. Nachdem wir so etwas Umschau gehalten, wollen
wir uns von kundigen Führern die „Gegenden“, und was aus ihr
zu erhoffen, mit großen Strichen skizzieren lassen. Da läßt
sich die „Rhein-Post“ Bzg.“ in einem Situationsbericht über den
Eisenmarkt vernehmen: „Die Situation nähert sich dem Tief-
punkt, sie erinnert in vielfacher Beziehung an die schlechtesten
Zeiten von 1900 und 1901. Die Beschäftigung ist schwach, die
Betriebe sind nicht mehr voll aufrecht zu erhalten, es müssen
Feierschichten eingelegt, die Arbeitszeit und die Löhne verkürzt
und das Arbeitsheer reduziert werden. Trotzdem muß noch
ein gut Teil der Produktion auf Lager gehen... Die Preis-
bewegung nach unten scheint noch nicht abgeschlossen zu sein...
Die Aussichten für die Zukunft sind trübe und die Hoffnung
auf eine Besserung in diesem Jahre ist gering. Maßgebende in-
dustrielle Kreise im Industriebezirk glauben nicht daran, und es
ist auch nicht ersichtlich, auf Grund welcher tatsächlichen Vorgänge
diese Besserung sich vollziehen sollte. Hat doch in der heimischen
Industrie der eigentliche schlechte Geschäftsgang erst seit zwei
Monaten eingesetzt.“ Was nützt uns das die schönste Frühling-
phantasie! Daß es noch zu früh sei, um mit Uffland anzu-
stimmen: „Nun, armes Herz, vergiß die Dual — Nun muß sich
alles, alles wenden.“ das wußten wir ja und hatten Zeit
und Noten noch fein säuberlich zurückgelegt. Aber so schwarz!
Nein — wo soll das hinaus? Da holen wir uns lieber bei dem
allgewaltigen Herrn Rirdorf Rat, dem Vorsitzenden des Kohlen-
syndikats und Generaldirektor der Riefengesellschaft Gelsenkirche-
ner Bergwerksverein, Schalter Gruben und Hütten, Laadener
Hütte Rote Erde usw. Der hat nun allerdings auch gesagt, das
Geschäft in Halbzeug und Eisenbahnmateriale lasse viel zu wün-
schen übrig, und auf dem Rohisenmarkt und in Formteilen liege
es sogar sehr schlecht. Andererseits aber bemerkt er, die Be-
schäftigung besonders in der Fertigfabrikation und der Draht-
herstellung habe sich in letzter Zeit etwas gehoben. Und weiter
meinte er, der Tiefstand in der Eisen- und Stahlindustrie sei
wohl schon überwunden. Die vom Kohlenyndikat beschlossene
15prozentige Einschränkung der Kohlenförderung und 35prozentige
der Rotschmelze würde wohl nach Ablauf des Monats
April nicht mehr notwendig sein. Anlaß zu besonderer Schwarz-
seherei liege also nicht vor.

Da klingt doch wenigstens etwas die Hoffnung durch. Die
erste Schwaube — die freilich noch lange keinen Sommer macht.
Wenn es sich vielfach auch nur um persönliche Ansicht handelt,
so ist es bei einem Beurteiler wie Rirdorf doch auch die per-
sönliche Ansicht beachtenswert. Doch, halten wir uns an die
harten Tatsachen und lassen wir uns von ihnen eine Beschreibung
geben. Da hat Wiener im „Tag“ eine Kurze abgehalten
und die Börsennotierungen vom 31. Oktober 1905 („wo die Kurse
im allgemeinen ihren höchsten Stand während der letzten Auf-
wärtsbewegung eingenommen hatten“), 2. Januar 1907, 30. Dez.
1907 u. 31. März 1908 einander gegenübergestellt. Er kommt dabei
zu dem Schlusse, daß die „Revue“ diejenigen desavouierte (ver-
leugne), „die es sich an der dem früheren Aufstieg gefolgten
Verschlechterung der Konjunktur nicht genügen lassen wollten und
sich an der Ankündigung eines großen Zusammenbruchs für den
Anfang dieses Jahres berufen.“ Nach einer gedrängten

Einzelwertung der verschiedenen Berufsgruppen schließt Wiener. Nach alledem darf behauptet werden, daß die Verhältnisse an den Börsen davon entfernt sind, so verzweifelt anzusehen, wie ihnen das eine Zeilung in Aussicht gestellt worden war. Freilich erscheinen sie auch aber durchaus noch nicht in einem günstigen Lichte. Die weitere Entwicklung wird vermutlich in einer einflussreichen nur mäßigen Besserung bestehen. Auf manchen Industriezweigen, vor allem auf dem Eisengewerbe, lastet noch ein starker Druck. Und am Geldmarkt ist eine Erleichterung bis zu dem Grade von ehemals nicht so bald zu erwarten. Die Auffassung, daß zwar zu einer pessimistischen Beurteilung der Situation kein Grund gegeben ist, aber auch die Hoffnungen auf Besserung sich in bescheidenen Grenzen bewegen sollten, haben die Verwaltung unserer großen Unternehmen, eine Anzahl von Direktoren, wie der Vorstand der Eisenhütten Bergwerksgesellschaft in ihren jüngst stattgefundenen Generalversammlungen und eben auch der Verein Berliner Kaufleute und Industrieller... Beachtenswert zum Ausdruck gebracht."

Wir wollen's angesichts alles dessen halten wie ehemals, und trotzen Mutes mit dem Dichter sagen: „Blas nur, ihr Eitler, blas mit Macht, uns soll das nicht hangen! Auf leisen Sohlen über Nacht, kommt doch der Lenz gegangen!"

Zweite Landeskonferenz der christl. Gewerkschaften Badens.

Zu einer imposanten Kundgebung der christlichen Gewerkschaften Badens gestaltete sich die am Sonntag, den 29. März, zu Offenburg in der Union abgehaltene zweite Landeskonferenz. An derselben nahmen 103 Delegierte und 50 Gäste teil. Von letzteren sind besonders hervorzuheben die Herren Generalsekretär Adam Stegerwald vom Gesamtverbande, Herr Gerhard Kamman, Vorsitzender des christlichen Tabakarbeiterverbandes, Herr Regierungsrat Dr. Fröhlich von der großherzoglichen Fabrikinspektion, Diözesanpräses Dr. Metzger, Pfarrer Haag, der Vorsitzende der evangelisch-kirchlich-sozialen Konferenz, die Abgeordneten Dr. Schofer und Besser, der konservative Parteisekretär Schmitt (Weidenberg), der evangelische Arbeitersekretär Schmitt (Gödel) und andere. Entschuldigt hatten sich die Herren Abgeordneten Freiherr von La Roche von der ersten badiischen Kammer, Abg. Schmitt (Breiten) konservativ und andere von der zweiten badiischen Kammer. Ebenso ließ sich Herr Oberregierungsrat Dr. Wittmann wegen eingetretener Krankheit entschuldigen. Die Presse war gut vertreten.

Nach Begrüßung der Erschienenen, erhaltete Verbandssekretär Demmel (Mannheim) das Referat über den Stand und die Entwicklung der christlichen Organisationen in Baden. Dasselbe eröffnete ein durchaus erfreuliches Bild. Bei der vor 2 1/2 Jahren abgehaltenen ersten Konferenz hatten die christlichen Gewerkschaften in 114 Zahlstellen 4941 Mitglieder. Heute sind es 208 Ortsgruppen mit 10572 Mitgliedern.

Im einzelnen gestaltete sich das Bild über den Stand der Bewegung wie folgt:

Verband	I. Konferenz 29. 10. 1905		II. Konferenz 29. 3. 1908	
	Zahlst.	u. Mitgl.	Zahlst.	u. Mitgl.
Tabakarbeiter	15	950	28	2014
Textilarbeiter	15	750	27	2372
Hilfs- u. Transportarbeiter	23	900	39	1897
Metallarbeiter	21	1020	25	1508
Holzarbeiter	15	445	21	832
Haushandwerker	7	400	33	752
Wäler und Tüncher	3	70	5	127
Schuh- und Lederarbeiter	6	92	8	68
Graphisches Gewerbe	3	92	2	124
Güterbergbau	—	—	2	50
Wäler und Konditoren	—	—	2	67
Telegraphenarbeiter	—	—	6	100
Vergarbeiter	1	23	—	—
Gärtner	—	—	1	20
Schneider	4	150	12	369
Seidnarbeiter	2	150	2	248
	114	4941	208	10572

Der Referent hob noch besonders das Wirken der christlichen Gewerkschaften zur Erhöhung des ortsüblichen Tagelohns und die Stellungnahme zur Neuerrichtung weiterer Gewerbegebiete hervor. Hierbei betonte er, daß es nicht nur allein unverschiedlich, sondern unsagbar traurig und das Arbeiterinteresse aufs höchste schädigend gewesen sei, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften verachteten, diese Aktion zu durchbrechen, von der doch alle Arbeiter Vorteile erhielten.

Zur Frage der Arbeitskammern betonte er den prinzipiellen Standpunkt der christlichen Gewerkschaften, die den paritätischen Arbeitskammern darum das Wort reden, weil sie in diesen gegenüber einseitigen Arbeitskammern ein moralisches Übergewicht erblicken und Arbeitskammern so für den Arbeiterstand wertvoller würden.

Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die zweite Konferenz der christlichen Gewerkschaften Badens nimmt Kenntnis von den Vorschlägen, die ihre Vertretungen in Sachen der Arbeitskammern der großherzogl. Fabrikinspektion unterbreiteten. Sie erklärt sich mit denselben durchaus einverstanden und stellt gegenüber den Vorschlägen, die in der Öffentlichkeit bei verschiedenen Anlässen gefallen sind, fest, daß die christlichen Gewerkschaften prinzipiell durchaus auf dem Boden paritätischer Arbeitskammern stehen.“

Ein Referat des Kollegen Stegerwald über „Die Kulturmission der christlichen Gewerkschaften“ war die Hauptleistung des Tages, die bei den Delegierten und Gästen gespanntes Interesse erweckte. Kollege Köblich schloß an das Referat anschließend nach einer kurzen Begründung folgende Resolution vor:

„Die zweite Konferenz der christlichen Gewerkschaften Badens richtet an die christlich-organisierte Arbeiterschaft das dringende Ersuchen, sich auf den verschiedensten Gebieten des sozialen und öffentlichen Lebens größeren Einfluß zu verschaffen. Vor allem ist eine größere Teilnahme an den immer größer werdenden sozialen Aufgaben der Gemeindeverwaltungen zu erstreben. Die Konferenz weist die christlichen Organisationen mit besonderem Nachdruck darauf hin, den jeweils im Vordergrund stehenden Arbeiterfragen die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden, und an deren Durchführung mitzuarbeiten. Zurzeit erscheint die Frage der Arbeitslosigkeit besonders dringend und nötigt zur Ergreifung von geeigneten Maßnahmen. Insbesondere sind:

- die vom Staate und Gemeinden in Aussicht genommenen und für später geplanten Arbeiten möglichst schnellstmöglich in Auftrag zu geben. Sowie bei den öffentlichen, wie privaten Arbeiten vorzugsweise einheimische Arbeiter zu beschäftigen.
- Zur schnelleren Vermittlung noch vorhandener Arbeitskräfte in das private Stellenvermittlungswesen zugunsten paritätischer Arbeitsnachweise zurückzudringen. Die letzteren Institutionen sind zu obigen Zwecken noch strenger auszubauen und zu organisieren.
- Von den Gemeindeverwaltungen ist die Einführung von Arbeitslosenversicherungen zu fordern. Ein Vorbildliches, hervorragend beschütztes System hat die Stadt Straßburg durchgeführt. Da eine solche Versicherung nicht auf letzter Grundlage durchführbar ist, ist eine besitzlose Organisation anzustreben.

Die Konferenz spricht die Erwartung aus, daß alle in Betracht kommenden Kreise alles unternehmen werden, um den gegenwärtigen Mangel zu mildern.“

Kollege Groß vom christlichen Schneiderverband hielt dann noch ein Referat über die Heimarbeit in Baden. Den Inhalt desselben wiederzugeben, dazu würde der Raum nicht reichen, darum sei auch hier nur die diesbezügliche Resolution mitgeteilt. Sie lautet:

„Die am 27. März in Offenburg tagende Landeskonferenz der christlichen Gewerkschaften Badens ersucht, in Hinsicht auf die unerfreulichen Zustände in der Hausindustrie, den Bundesrat und Reichstag, bei der Novelle zum Titel VIIa der Gewerbeordnung, die gegenwärtig den Reichstag beschäftigt, folgende Forderungen zu berücksichtigen:

1. Der obligatorische Registrierzwang ist auf alle Hausarbeiter auszudehnen.
2. Ausdehnung der Versicherungsgefesetze auf alle Heimarbeiter.
3. Die gesamte Hausindustrie ist der Gewerbe- und Wohnungsinspektion zu unterstellen. Die Zahl der Inspektionsbeamten ist zu diesem Zwecke zu vermehren, wobei auch die Arbeiter in angemessener Form heranzuziehen sind.
4. Obligatorische Einführung von Lohnbüchern.
5. Verbot der Mitgabe von Arbeit nach Hause an Werkstattd- oder Fabrikarbeiter.
6. Schaffung von Einigungs- und Tarifämtern, denen die Aufgabe zu überweisen ist, Mindestlöhne und Lohnuntarife anzusetzen.
7. In allen Arbeitsräumen sind die wichtigsten Gesetzesbestimmungen, einschließlich des Kinderschutzes, in geeigneter Form öffentlich auszuhängen.

Die Konferenz fordert ferner die Ueberführung der Hausindustrie in Werkstätten und Fabrikbetriebe, überall da, wo sie sich unter schwerer Gefährdung der Gesundheit der Produzenten und Konsumenten vollzieht, wie dieses besonders in der Lebensmittel- und Gemüßbranche der Fall ist.“

Die christlichen Gewerkschaften Badens marschieren. Das hat die Konferenz gezeigt. Doch ein großes Feld steht zu erobern offen. Wenn auch mancherorts es noch große Schwierigkeiten zu überwinden heißt, so bürgt doch die in so vielfältigartig fortgeschrittenen und immens gewachsenen Kampfergebnisse für weitere Fortschritte. In dieser Hoffnung, und mit dem Gelübnis, in Zukunft noch mehr wie bisher zähe, ausdauernde, mit Beharrlichkeit betriebene Pionierarbeit zu leisten, wandten sich die Delegierten wieder ihrer Heimat zu.

Rundschau.

Herr Dr. Wiedfeldt, Beigeordneter der Stadt Essen und Vorsitzender des Einigungsamtes für das Rheinisch-Westfälische Industriegebiet, erhielt einen Ruf in das Ministerium des Innern, welchen er angenommen hat. Er soll vorerst die Umarbeitung des Krankenversicherungsgesetzes leiten. Mit Herrn Dr. Wiedfeldt scheidet eine Person aus dem Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet aus, der die Arbeiterschaft ohne Unterschied der Richtung zu größtem Danke verpflichtet ist. Er wirkte in dem großen Gärungsfessel gleichsam wie glühendes Eisen. Unter seiner hervorragenden Mitwirkung kam der große Tarifvertrag im Jahre 1905 zustande, an den sich eine immer größer werdende Zahl von Verträgen in den verschiedensten Gewerben angeschlossen. In uneigennützigster Weise leitete er bis heute das Einigungsamt mit seinen oftmals unerquicklichen Streitigkeiten. Ausgerüstet mit großer Sachkenntnis, streng unparteiisch, höflich in der Form, an der richtigen Stelle ein Witz, größte Kaltblütigkeit, so ist er gleichsam zum Verhandlungsleiter geboren, der auch die schwierigsten Situationen zu überwinden weiß. Und es war keine Kleinigkeit die widerstrebenden Elemente mit den verschiedensten Interessen, die oftmals in schärfster Form aneinanderplakten, unter einem Hut zu bringen und darunter zu halten. Herr Dr. Wiedfeldt gebührt für seine Verdienste um die Entwicklung des Tarifgebietens in dem wichtigsten Industriebezirk Deutschlands sowie des Ausgleichs der sozialen Gegensätze, der lebhafteste Dank nicht nur allein der Arbeiterschaft, sondern auch der Arbeitgeber. Unseres Dankes ist er sicher, wir werden ihm ein treues Andenken bewahren und wünschen ihm in dem neuen Wirkungsfeld gleich große Erfolge.

Ueber die Lage im Baugewerbe schreibt die „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“:

Der Arbeitsmarkt im Baugewerbe hat sich mit Frühjahrsbeginn sichtlich erholt. Wenn auch der Andrang immer noch höher ist als im Vorjahre, so ist doch eine allgemeine Belebung der Bautätigkeit nicht zu verkennen. Soweit sich aus den bisher vorliegenden Berichten ersuchen läßt, hat die Frühjahrszeit in manchen Gegenden, freilich nicht in den Großstädten, sogar etwas lebhafter eingeleitet als 1907. Verschiedene Umstände sind es, die die Unternehmungslust mehr als im Vorjahre anregen: die Erleichterung des Geldmarktes, der stärkere Bedarf an Wohnungen, der durch die vorjährige Stagnation der Bautätigkeit hervorgerufen ist, endlich auch die Bitterung, die in diesem Jahre schon frühzeitig in den Vorjahren eine volle Wiederaufnahme der Arbeiten im Freien gestattete. Vornehmlich auf dem Lande zeigte sich im März bereits regeres Leben im Baugewerbe. Auch in diesem Jahre verspricht die Baukonjunktur auf dem platten Lande befriedigend zu werden. In den östlichen, vorwiegend ländlichen Provinzen hat sich die Bautätigkeit mit Frühjahrsbeginn kräftig belebt; gegenüber dem Vorjahre ist allerdings noch eine beträchtliche Verschlechterung vorhanden. In Schlesien lassen sich die Aussichten auf die Entwicklung der ländlichen Bautätigkeit bisher nicht sehr günstig an, doch kann die Zurückhaltung auch nur eine Verzögerung der Frühjahrszeit bedeuten. In Mittel- und Süddeutschland ist das Gepräge der Bautätigkeit ungleichmäßig, doch überwiegen die Gegenden, in denen die Frühjahrszeit in befriedigendem Tempo eingeleitet hat. So hat in Württemberg und Baden die Lage sich mit Vorrüden der Jahreszeit erheblich gebessert; die Arbeitslosigkeit hat wesentlich nachgelassen. In Bayern ist die Bautätigkeit noch verhältnismäßig matt, doch dürfte sich bald eine Belebung einstellen. Die großstädtische Bautätigkeit litt bisher unter der Gefahr einer drohenden Ausperrung. Diese Gefahr ist nunmehr beseitigt. In Berlin liegen die Verhältnisse im Baugewerbe relativ befriedigend. Nachdem das Jahr mit einer ganz ungewöhnlich hohen Arbeitslosigkeit unter den Bauarbeitern eingeleitet hatte, hat sich die Lage mit dem Wiedereintritt des Frühjahrs etwas gebessert. In Bremen ist die Lage dagegen noch ungünstig. Das hängt doch etwas anders, als wie es die Arbeitgeber im Allgemeinen hinzustellen liebten.

Die Tarifverhandlungen in der Holzindustrie sind nunmehr beendet. Für 23 Städte wurde eine Vereinbarung erzielt, teils durch gegenseitiges Entgegenkommen, teils durch Schiedsgericht. Damit ist der Frieden in der Holzindustrie gesichert, mit Ausnahme von Frankfurt a. M. und Regensburg, wo die Arbeit-

geber von vornherein die Schiedsprüche ablehnten. Die Verhandlungen wurden von Freiherrn v. Berlepsch geleitet. Mit diesem Resultat ist auch die Grundlage zu einem Reichstafel im Holzgewerbe gelegt.

Das Reichsvereinsgesetz wurde am 10. April in der 1. Lesung im Reichstag endgültig angenommen und tritt bereits am 15. Mai in Kraft. Der omniböse Sprachparagraph 616b sieht, ebenso ist der Jugendparagraph, wonach Personen unter 18 Jahren keinen politischen Vereinen angehören dürfen, angenommen worden. Wir haben bereits früher darauf hingewiesen, daß wir zu einem Handelsobjekt mit der Börse gewendet seien. Es ist so eingetroffen, Volkswirtschaften sind gegen Freiheiten auf der Börse eingetauscht worden. Sich nunmehr in langen Lamentationen gegen das Beschlossene zu ergehen, sehen wir als ein müßiges Beginnen an. Wir haben uns mit dem abzufinden, was nunmehr ist, und auf Besse darnach einzurichten. Wir werden jedoch alle Anstände, die sich aus dem neuen Zustand ergeben, sorgsam sammeln, und die Unhaltbarkeit derselben auf die Dauer nachweisen. Dem die genannten Paragraphen sind und bleiben eine Ungerechtigkeits, nicht nur die fremdsprachigen Reichsangehörigen und den Ausländern, sondern auch den Arbeitern allgemein gegenüber, denn nur die müssen die Konsequenzen davon tragen. Wir werden das ganze Gesetz in einer der nächsten Nummern veröffentlichen, vorausichtlich wird der Gesamtverband in kürzester Frist einen Kommentar dazu herausgeben.

Ausperrung im Pariser Baugewerbe. Auch Frankreich hat seinen großen Bauarbeiterkampf. Am 6. April wurden die Pariser Bauarbeiter ausgeperrt und dürften über 30000 davon betroffen sein. Ueber die Gründe entnehmen wir einen Pariser Brief der „Frankfurter „kleinen Presse“:

„Seit ein paar Monaten bereiten die Unternehmer des Baugewerbes, das am meisten unter den Forderungen der Arbeiterschaft gelitten, die Ausperrung vor, die oft schon angekündigt, und durchgeführt wurde. Ein Ultimatum an das Maurersyndikat ging voraus. Man muß es den Unternehmern lassen, daß sie ihren Angestellten das Nachgeben leicht machen; ohne das ihnen selbst mit einem Streik gedroht wurde, versprochen sie eine Erhöhung des Stundenlohns, forderten aber die feste Regelung der Arbeitszeit. Am 1. Mai 1906 waren die Maurer in den Ausstand getreten; ihr Syndikat verlangte den Reinstand bei gleichen Löhnen. Da die Arbeitgeber nicht einwilligten, verließ der Streik resultatlos — beide Parteien, blieben an ihren Positionen. Aber seitdem führen die Maurer einen geheimen Krieg gegen ihre Meister; in ihren Zusammenkünften auf der Arbeitsbörse wird eine neue Art von „sabotage“ geübt. Dies schöne Wort „sabotage“ wurde uns Jahr 1900 entlehnt; es stammt von „sabot“, „Holzschuh“ her und will die Zerstörung des Eigentums des Meisters, ihrer Materialien insbesondere. Die neue Art von „sabotage“, von der wir sprachen, läßt sich gerichtlich nicht ahnden. Sie besteht in der Inaktivität der Arbeiter. Nicht kann sie zwingen, so rasch zu arbeiten wie früher, sie gehen langsamer, setzen weniger Steine, machen unnütze Vorbereitungen, kurz, setzen dem Meister einen passiven Widerstand entgegen. Er möchte neue Arbeiter einstellen, immer wieder begreift er dem neuen „sabotage“ der von ihm bezahlten Arbeitszeit. Das Syndikat erklärte offen, dieses Mauerwerk werde er aufheben, wenn die Meister in die Forderungen von 1900 willigen würden. Jetzt antworteten die Meister mit folgenden Vorschlägen: Lohnerhöhung gegen 1906 um 20 Prozent; Stundenlohn für Maurer 90 Centimes, für Handlanger 75 Centimes resp. 50 Centimes, für Steinbeleger 95 Centimes, für Betonstreicher 1 Franken usw.; 52 vorher zu bestimmende freie Tage im Jahr; einheitlich zehnstündiger Arbeitstag von März bis Oktober, neunstündiger im November und Februar, achtsündiger im Dezember und Januar; entsprechende Arbeitsleistung zu den neuen Löhnen; kein Zwang, nur syndizierte Arbeiter anzustellen, dagegen nach Möglichkeit Verzicht auf Melordarbeiter. Das Maurersyndikat lehnte ab. Ungefähr 400 der bedeutendsten Unternehmer beschloßen darauf, so lange ihre Arbeiter zu entlassen, bis das Syndikat eingewilligt hat, ihre Bedingungen anzunehmen. Das Syndikat antwortete, es wäre vielleicht hart, jetzt nach den Wintermonaten beschäftigungslos zu sein, aber der Streik ginge nicht von ihm aus; die Arbeiter würden jederseits die Arbeit wieder aufnehmen unter den alten Bedingungen. Wir können diese Gründe nicht nachprüfen, fest steht jedoch, daß die Organisation der Pariser Bauarbeiter unter revolutionärem Einfluß steht. Der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit kam immerhin gerechtfertigt sein, die hier gebrauchten Mittel sind jedoch keine loyalen. Es läßt sich jedoch nicht in die französischen Verhältnisse reden, sie sind eben — französisch. Ein bestimmtes Ziel haben die französischen Arbeiterorganisationen noch nie gehabt. Eine Reihe unvorbereiteter Kämpfe kennzeichnen ihren Weg. Aufstrebende Lebensfähigkeit hinter der jedoch keine Opferwilligkeit steckt, sie können es daher auch mit sich vereinbaren, daß sie zu einem großen Teil von der Regierung ausgeschaltet werden.“

In Stockholm sind am 6. April circa 10000 Bauhandwerker in den Ausstand getreten. Es handelt sich um eine Abwehr gegen beschlossene Verschlechterungen seitens der Unternehmer. Dieselben verfügten eigenmächtig Herabsetzung der Stundenlöhne vom 1. April ab, sowie der Akkordlöhne, letztere um 15 Prozent. Die Arbeiter forderten Lohnerhöhungen mit Rücksicht auf die bestehende Teuerung. Nachdem eine Einigung nicht erzielt werden konnte, traten die Arbeiter in den Ausstand.

Wirtschaftliche Bewegung.

Zugung fernhalten: Weihenburg i. G., Ausperrung (Maurer Zimmerer und Bauhilfsarbeiter), Bochum (Sperrung über Hermann Wingenfeld). Geperkt ist das Baugeschäft Herrmann Bischoffstein, Döhr. Zugung nach dem Steinbetriebe Neue Walschum Kalkwerke, Guesen (Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter), Argentan (Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter), ist fern gehalten Ueber die Firma Wappler in Wiesbaden ist die Sperre verhängt wegen Nichtannahmens des vereinbarten Tarif-

Die Verhandlungen im Baugewerbe.

Ueber die Wiederaufnahme der Verhandlungen in Gießen a. d. Ruhr haben wir bereits in der vorigen Nummer der „Baugewerkschaft“ berichtet. Die hochgehenden Wogen der Erregung die bei den Arbeitgebern so offensichtlich zutage traten, wahren scheinlich aus Enttäuschung über das Ergebnis der Berliner Verhandlungen, wodurch ja ein dicker Strich durch die Absichten des Rheinisch-westfälischen Arbeitgeberverbandes gemacht worden ist, haben sich wieder geglättet. Es gewinnt den Anschein, als dürften die dortigen Arbeitgebervertreter nicht über vi Tage allein sein. Entgegen dem Antrag der Arbeitnehmer, die Lohnfrage als letzten Punkt zu behandeln, bestanden die Arbeitgeber darauf, daß sie zuerst verhandelt werden müßte, da, wenn eine Einigung hierin nicht erzielt würde, die weiteren Verhandlungen unsinnig seien. Dem wurde sowohl von Herrn Dr. Wiedfeldt als auch von den Arbeitgebervertreter entgegengehalten, daß im dem Sinne der Berliner Verhandlungen nicht entsprechende W-

müßten sämtliche Punkte durchberaten werden. Die Arbeiter konnten sich nicht sofort dazu entschließen, sie werden vielmehr zuerst Antwort auf ihre von uns mitgeteilte Situation. Die Verhandlungen wurden daraufhin auf Dienstag 3 Uhr vertagt. Die Arbeitervertreter, welche die erste Lohnkommission auf telegraphischem Wege herbeirufen befaßte sich am folgenden Morgen mit der Antwort, als Resultat den Arbeitgebern folgendes unterbreitet wurde:

„Erklärung.“
Die Vertreter der Zentralverbände der Maurer, Zimmerer, gewerblicher Hilfsarbeiter und der christlichen Bauarbeiter und Bauarbeiter wiederholen die von ihnen mündlich abgegebenen Erklärungen, daß ihre Organisationen unter allen Umständen auf einer Lohnerhöhung für das zweite Vertragsjahr bestehen.

Die Vertreter der genannten Verbände vermögen nicht anerkennen, daß dem Verein der Arbeitgeberverbände für das Baugewerbe in Rheinland und Westfalen der Nachweis gelungen sei, aus Rücksicht auf die Konjunktur von einer Erhöhung des Lohnes Abstand nehmen zu müssen. Aus verschiedenen Anzeichen ist im Gegenteil zu folgern, daß sich schon im Laufe dieses Sommers und Herbstes eine mittelgute Konjunktur entwickelt wird, und daß daher im nächsten Jahre die Lohnbedürftigkeit vorliegt, daß das Baugewerbe betriebend beschäftigt werden muß.

Ganz entschieden müssen es die Vertreter der Zentralverbände verneinen, daß die Löhne im Baugewerbe den Verhältnissen voranzugeht seien. Nicht nur, daß die Löhne der baugewerblichen Arbeiter den höchsten Groß- und Mittelstädten weit niedriger sind, in den Orten gleicher Größe in anderen Landesteilen nachschleichen, sie sind auch, die gewerblichen Verhältnisse in Betracht gezogen, niedriger als in der Schwerindustrie und ähnlichen Betrieben.

Der sehr gut gemeinte und auch wohl erwägenswerte Vorschlag des Herrn Dr. Wiebels ist für die Arbeitervertreter durch die Erklärung des Vereins der Arbeitgeberverbände erloschen. Im übrigen müssen die Arbeitervertreter dem Standpunkt verharren, daß, unbeschadet einer Differenz über die Lohnfrage oder andere Punkte, der ganze Streit auf Grundlage des in Berlin unter den Zentralverbänden vereinbarten Vertragsmusters durchberaten werden muß.

Schließlich erklären die Arbeitervertreter noch, daß sie ihrer Verantwortung wohl bewußt sind und es mit ihrem Gewissen vor der weitesten Öffentlichkeit vertreten können, was sie im Interesse der baugewerblichen Arbeiter nicht gefordert haben und fordern müssen. Die wichtigsten Forderungen der Arbeitervertreter sind so offensichtlich, daß es abgeschlossen ist, ihnen die Verantwortung für etwaige Auswärtungen aufzuladen.

Nach Wiedereröffnung der Verhandlungen konstatierte Dr. Wiebels, daß nach den beiderseitigen Erklärungen die Verhandlungen nunmehr auf einen toten Punkt gelangt seien. Er sei jetzt noch vor der Meinung, daß auch über die übrigen Punkte handelt werden müßte, und die strittigen Punkte als Differenzpunkte den Zentralinstanzen in Berlin zur Schlichtung zu übergeben seien. Nachdem sich die Arbeitgeber zur Beratung zurückziehen hatten, erklärten sie sich zum Weiterverhandeln bereit, wurden sämtliche Paragraphen durchberaten.

Die Arbeitgeber glaubten auch jetzt noch auf dem Passus, daß der Vertrag nur für die Mitglieder der vertragschließenden Parteien Geltung haben soll, bestehen zu müssen, obwohl das den Berliner Verhandlungen unzulässig ist. Ebenfalls seien sie in den Nachsatz zur Lohnzahlung eingefügt wissen: „für diejenigen Gesellen, die in der angemessenen Gegenleistung zurückbleiben, kann ein geringerer Lohn durch freie Vereinbarung festgesetzt werden.“ Da die Arbeitervertreter das als im Sinne der Berliner Verhandlungen entgegenstehend bezeichneten, zu welcher Auffassung sich die Arbeitgeber nicht aufbringen konnten, blieb dieser Punkt als Differenzpunkt bestehen, so die Zuschläge zu den Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeiten, welche die Arbeitgeber reduzieren wollten. Besondere Schwierigkeiten bei den Verhandlungen wurden durch den Umstand hervorgerufen, daß die rheinischen Städte allerorts günstige Bestimmungen in ihren Verträgen aufzuweisen haben, auf die nunmehr verzichtet sollten. In einer Reihe von anderen Orten wurden ebenfalls Änderungen, jedoch nur unwesentlicher Natur getroffen. Wo eine Einigung nicht erzielt werden konnte, wurde der Streitpunkt den Zentralverbänden zur Entscheidung überwiesen.

Eine eingesezte Reaktionskommission legte am Mittwoch den das am vorhergehenden Tage vereinbarte fest, das dann des mittags der Nachprüfung durch eine 18er-Kommission unterzogen wurde. Zur Festsetzung der einzelnen Lohnsätze wurden drei Kommissionen bestimmt, welche am 13. April in Köln, am 14. in Oberfeld und am 15. in Dortmund tagen. Letzterer Ort tagt zugleich eine Kommission der Tiefbauarbeiter, da auch die Kanalbauarbeiter in den neuen Vertrag einbezogen werden sollen. Das bis jetzt vereinbarte, sowie die Einleitung der Lohngebühren, ferner die genau festgestellten Differenzpunkte, werden nunmehr den Zentralinstanzen der beteiligten Organisationen zur weiteren Behandlung übergeben. Verhandlungen werden sich demnach immer noch eine Weile ziehen.

Berlin. Am 9. April begannen die Verhandlungen für das zweite Vertragsjahr. Sie wurden nach kurzer Beratung abgebrochen, da die Maurer und Bauhilfsarbeiter erst ihre Antwort zu dem von dem Arbeitgeberverband unterbreiteten Tarifentwurf formulieren wollten, und am Freitag fortgesetzt. Bei der Lohnfrage stellten die Arbeitervertreter den Antrag, den vorjährigen Schiedsspruch zu akzeptieren. Die Arbeitgeber lehnen das ab und unterbreiteten folgende Erklärung:

„Wenn die Arbeitnehmer-Vertreter den zum § 4 gestellten Antrag, den Lohn auf Grund des Schiedsspruches festzusetzen, annehmen, sind die Delegierten des Verbandes bereit, bei den Auftraggebern für eine Erhöhung der jetzt gültigen Lohnsätze für den Vertragsabschluss einzutreten.
Für die weitere Behandlung der Lohnfrage beantragen die Delegierten des Verbandes die Einsetzung einer je dreigliedrigen Unterkommission.“

Nachdem sich die Arbeitervertreter zurückgezogen und beraten haben, gaben sie die Antwort dahingehend:
Die Arbeitnehmer-Vertreter sind nicht abgeneigt, bei den Mitgliedern für die Zurücknahme des zu § 4 gestellten Antrages einzutreten, sobald die Delegierten des Arbeitgeberverbandes die Ermächtigung erhalten haben, die jetzt vorliegenden Lohnsätze sofort zu erhöhen und auch diesbezügliche Vorschläge machen können.
Gegen die Einsetzung einer Unterkommission zu dem Zwecke der Weiterberatung der Lohnfrage ist nichts einzuwenden.“

Daraufhin folgte wiederum Vertagung auf Montag, den 10. April. Auch hier wurde in keinem einzigen Punkte eine Einigung erzielt, und sind daher weitere Verhandlungen vorderhand zwecklos. Sämtliche Differenzpunkte wurden den Zentralinstanzen überwiesen. Wir kommen noch näher auf die Verhandlungen zurück.

München. Der Schiedsspruch des Einigungsamtes wurde von beiden Seiten angenommen und tritt der Tarif sofort in Kraft. Bekannt ist, daß der Rheinisch-Westfälische Arbeitgeberverband und der Münchener Arbeiterverband die Verhandlungen abgebrochen, den Schiedsspruch abzuwehren. Die Münchener Arbeitervertreter haben damit den besseren Teil der Einsicht bewiesen.

Kosten. Am 9. April fanden unter dem Vorstg des Herrn Bürgermeisters erneut Vergleichsverhandlungen statt. Dieselben endigten abermals ergebnislos, da die Arbeitgeber innerhalb der beiden Vertragsjahre keine Lohnerhöhung eintreten lassen wollten. Sie warteten noch nicht einmal die Durchberatung des gesamten Tarifes ab, sondern suchten vorzeitig das Weite.

Seibelberg. Die Gipsersperre ist beendet und wurde ein zweijähriger Tarif, der wesentlich die bisherigen Verhältnisse beibehält, abgeschlossen. Die Freigabe der Altkorarbeit mußte in den Kauf genommen werden, dafür sind aber die übrigen von den Unternehmern beabsichtigten Verschlechterungen abgewehrt worden.

In Frankfurt a. M. wurden am 13. April die Verhandlungen fortgesetzt. Eine Einigung kam nicht zustande, da die Arbeitgeber eine Lohnerhöhung für das zweite Vertragsjahr nicht bewilligen wollten. Bis zum 22. April sollten sich die Arbeiterorganisationen erklären, ob sie damit einverstanden sind. Auch dieses wird den Zentralinstanzen zur Schlichtung vorbehalten sein.

In Argentan sperren die Unternehmer unsere Kollegen aus, und zwar schon zwei Tage vor dem Tarifablauf. Sie legten uns schon anfangs März den Mustertarif vor, den wir bei 1 Pf. Lohnerhöhung anerkennen sollten. Als wir uns weigerten, sperren sie aus. Sie suchen nun von auswärts Arbeitswillige heranzubringen. Es wird ihnen nicht gelingen. Mögen die Kollegen allerorts für strengste Fernhaltung des Zuganges nach Argentan sorgen.

Verhandlungen für das Stukkateurgewerbe

fanden am Samstag, den 10. April, in dem Sitzungssaal des Essener Rathhauses, unter Leitung des Beigeordneten Herrn Dr. Wiebels statt. Dieselben trugen einen eigentümlichen Charakter. Bekanntlich hatten die in Betracht kommenden Gewerkschaften mit dem Verein der selbständigen Bildhauer und Stukkateure (Sitz Frankfurt a. M.) am Sonntag, den 29. März, in Kassel ein Vertragsmuster für das Stukkateurgewerbe ausgearbeitet, welches bei künftigen Verhandlungen resp. Tarifabschlüssen als Grundlage dienen sollte. Die im rheinisch-westfälischen Industriegebiete in Betracht kommenden Arbeitgeber gehören nun zum Teil dem Arbeitgeberbunde für das Baugewerbe an, zum Teil dem Verein der selbständigen Stukkateure und Bildhauer, ein dritter Teil nur Lokalorganisationen.

In den Verhandlungen nahmen arbeitgeberseits nur die Vereine teil, welche dem Arbeitgeberbunde für das Baugewerbe angegeschlossen sind, der Verein der selbständigen Stukkateure war nur vertreten durch seinen zweiten Vorsitzenden, Herrn Kessler aus Frankfurt a. M.

Eine lebhafte Debatte entspann sich um die Frage, ob auf Grund des Kasseler Entwurfes oder auf Grund des allgemeinen baugewerblichen Vertragsmusters verhandelt werden sollte. Während die Vertreter der Arbeitnehmer das erstere verlangten, lehnten die Arbeitgebervertreter dieses ab und verlangten das sogenannte Berliner Muster als Verhandlungsgrundlage. Die Arbeitnehmervertreter gaben schließlich soweit nach, daß sie erklärten, sie seien geneigt ihren Antrag fallenzulassen, behielten sich aber vor, bei der Durchberatung der einzelnen Paragraphen sowohl auf das Kasseler Vertragsmuster, als auch auf das von seiten der Organisationen, den Arbeitgebern eingereichte zurückzukommen. (Uns schien es, als spiele der Arbeitgeberbund den Eifersüchtigen, weil er bei dem Zustandekommen des Kasseler Entwurfes nicht zum Hebammerdienst berufen wurde.)

In die eigentlichen materiellen Verhandlungen eintretend, gibt Herr Schmidtke in Namen des Arbeitgeberbundes die Erklärung ab: eine Lohnerhöhung würde der Arbeitgeberverband für die beiden Jahre, auf welche man den Vertrag abzuschließen gewillt sei, nicht bewilligen, auch würde keine Arbeitszeitverkürzung unter zehn Stunden stattfinden, in Dortmund und Bochum, wo die Arbeitszeit eine 1/2stündige sei, würde man darauf bestehen, die zehnstündige wieder einzuführen. Es sei daher rasch, diese beiden Punkte zuerst zu verhandeln; würde über diese beiden Punkte eine Einigung nicht erzielt, sei jede Verhandlung über die anderen Punkte nutzlos. Diesen Ausführungen wurde nicht nur von den Arbeitnehmer-Vertretern nicht zugestimmt, sondern auch der Verhandlungsleiter war mit einer solchen Führung der Gespräche nicht einverstanden. Es wurden nun die einzelnen Punkte der Reihenfolge nach durchberaten. Die Arbeitgeber lehnen nicht nur alle Verbesserungsanträge der Arbeiter ab, sondern tragen sich auch mit der Absicht, in allen wesentlichen Punkten Verschlechterungen in den Vertrag hineinzubringen. Sie behaupteten dabei immer, daß dieses von ihren Verammlungen beschlossen sei.

Da unter diesen Verhältnissen eine Einigung nicht zu erzielen war, wurden die Verhandlungen bis zum 25. April vertagt; bis dahin wollen die Arbeitgeber in ihren Versammlungen nochmals Beschluß fassen lassen.

(Raummangels halber können wir auf die Punkte, in denen eine Einigung erzielt oder nicht erzielt wurde, nicht näher eingehen. Die Stukkateurzahlfstellen werden in den nächsten Tagen vom Kollegen Hänschen ein Druckexemplar des Vertragsentwurfes erhalten. Aus demselben werden sie erfahren, in welchen Punkten eine Einigung erzielt wurde, und welche noch offenstehen.)

Berlin Bohum.

Bei der Firma Hegerfeld haben sämtliche Maurer und Bauhilfsarbeiter die Kündigung eingereicht. Die Firma hat durch Anschlag bekanntgemacht, daß vom 21. April ab der Stundenlohn um 3 Pf. pro Stunde gekürzt werden soll. Die Firma Hegerfeld gehört nicht dem Arbeitgeberbunde an. Sie glaubt, die Zeit sei jetzt gekommen, wo man die Bauarbeiter knebeln könnte. Die Kollegen werden es Herrn Hegerfeld zeigen, daß sie die durch jahrelange Opfer und Kämpfe erlangenen Erfolge sich nicht nehmen lassen. Die Firma ist daher gesperrt und ist der Zugang streng fernzuhalten.

Berlin Köln.

Am 3. April 1908. Der Kampf, den uns die Firma „Neue Walheimer Kalkwerke“ durch ihren Tarifbruch und ihre Lohnreduzierung aufgedrungen hat, dauert schon seit dem 28. Januar. Es muß gesagt werden, daß unsere Kollegen sich als treue Kämpfer bewährt haben. Die Einigkeit ist heute noch wie am ersten Tag. Auch ist es uns gelungen, angesichts der Bemühung der Firma, in größerem Maße Italiener heranzuziehen, dieselben abzuhalten. Die italienischen Arbeiter zeigen in dieser Beziehung mehr Moral als mancher deutsche Arbeiter. So haben wir auch hier vier solcher Prachtexemplare, die es nicht verschmähten, Streikbrecher zu werden, trotzdem sie über alles aufgeklärt worden sind. In einer, namens Heinrich Pettern aus Penhaus, den wir nach Kräften unterstützten, und dem wir andere Arbeit verschafft hatten, ist trotzdem wieder in den Betrieb gegangen. Das schönste ist, daß dieser mit seinen zwei Söhnen und noch einem Genossen gelegentlich einer Unterhaltung mit den Streikenden sich brüßelten, nicht nur alle Mitglieder, sondern alle Vorstandsmitglieder des Allgemeinen deutschen Radfahrervereins zu sein, und sich auch als wackere Sozialdemokraten bekannten, indem sie auf ihre angelegtesten Absichten hinwiesen, und als Mitglieder der sozialdemokratischen Partei bekannten. Sie erklärten ferner, Mitglieder der freien Gewerkschaften zu sein. Wir haben die Leitung des sozialdemokr. Maurerverbandes, sowie die der sozial. Partei benachrichtigt, um ihre Genossen auf diese schmutzige Handlungsweise aufmerksam zu machen und eventuell zu veranlassen, diese aufzugeben. Diese erschienen denn auch und stellten sich bei der Firma vor, vielleicht in der Meinung, großartig in den Betrieb eingeführt zu werden. Sie wurden abgewiesen. Wir sind gespannt, ob die sonst so pfiffigen Genossen mit dem nötigen Eifer an ihre Streikbrechermittelglieder heranzutreten beabsichtigen.

und sie herauszuholen suchen. Im übrigen haben sich durch allerlei Versprechungen der Firma noch weitere Arbeitswillige gefunden, die den Kampf in Frage stellen. Die Kollegen haben sich meistens andere Arbeit gesucht, und verzichteten lieber auf den Betrieb, als daß sie unter solchen Verhältnissen dorthin zurückgehen, um mit diesen Arbeitswilligen zusammenzuarbeiten. Die Kollegen sind sich bewußt, daß sie einen ehelichen Kampf führen und ihre Pflicht getan haben. Sie sind sich bewußt, daß auch die Organisation voll ihre Pflicht getan hat und weiter tun wird. Die Einigkeit ist eine vollständige, trotzdem die Aussicht auf Frieden noch fernliegt. Die in liberalen Händen befindlichen Unternehmerzettelungen bringen fortwährend Insuperate, in denen Streikbrecher nach Walheim gesucht werden. Auch der General-Anzeiger für Oberfeld-Barmen leistet darin Hervorragendes. Um die Arbeiterpflicht in den Stein- und Kalkbetriebern im Oberfelder Bezirk auf den Walheimer Kampf aufmerksam zu machen, versuchten wir ein Inserat in genanntem Anzeiger zu veröffentlichen. Das lehnte uns der selbe ab, trotzdem wir gutes Geld dafür bezahlten wollten. Das sind „unpatriotische“ Zeitungen! Möge die Arbeiterschaft sich dieses doch merken und solche Zeitungen nicht mehr abonnieren.

Berlin Hagen.

Schwelm. Bekanntlich wurde im Juni vorigen Jahres die Baufirma W. Müller von den beteiligten Organisationen gesperrt, und zwar aus dem Grunde, weil Herr Müller sich weigerte, den für Schwelm im Jahre 1906 abgeschlossenen Tarif zu unterzeichnen. Es hat sich nun bei dieser Bewegung gezeigt, daß nicht in allen Organisationen gleiche Disziplin herrscht. Der freie Maurerverband z. B. war nicht in der Lage, seine Mitglieder von dieser Firma fernzuhalten. Die Sperrung war von mehreren Organisationen gemeinsam verhängt worden, nicht wie es in Nummer 14 des „Grundstein“ heißt, „von uns“, also vom roten Maurerverbande. Während für unsere Kollegen die Sperrung bis zum 25. März 1908 unverändert fortbestand, und auch nicht einer derselben sich zum Arbeitswilligen hergab, kann man dieses vom freien Maurerverbande nicht behaupten. Es ist daher wohl zu verstehen, daß er die Sperrung bei der Firma Müller stillschweigend als beendet betrachtete, ohne aber auch nur ein Wort zu sagen. In anderen Organisationen darüber zu reden. Allerdings für gewisse Größen in Barmen existiert ja auch keine andere Organisation als die des freien Maurerverbandes, ja selbst dann nicht, wenn dieselbe, wie in Schwelm, zwei Drittel der beteiligten Bauarbeiter in sich vereinigt. Es hat sich jedoch gezeigt, wie recht wir hatten, daß wir die Sperrung bei Müller nicht aufgehoben hatten. Diese Firma, welche bisher einen Tarif nicht anerkannt hatte, empfindet jetzt auf einmal das Bedürfnis, den ersten Vertragsentwurf des Arbeitgeberbundes gleich in die Tat umzusetzen. In diesem Entwurf war für Schwelm statt der üblichen 1/2 die 1/3stündige Arbeitszeit, und statt 55 Pf., 51 Pf. Stundenlohn vorgesehen. Man muß den Eifer des Herrn Müller wirklich bewundern, welcher jetzt schon den noch nicht abgeschlossenen Vertrag zur Durchführung bringen wollte, um ja in Zukunft nicht mehr als Tarifgegner bezeichnet zu werden. Nachdem nun seitens der Firma den dort beschäftigten arbeitswilligen Genossen am eigenen Geldbeutel eine Reduzierung des Lohnes um 4 Pf. die Stunde bereitet war, verhängten die Arbeitswilligen am 23. März ebenfalls die Sperrung und mußte die Firma nun doch wohl oder übel den Tarif für die Dauer seiner Gültigkeit unterzeichnen. Hoffentlich wird dieses für Herrn Müller eine Lehre sein, und auch derselbe doch auch schließlich einsehen, daß wenn alle anderen Arbeitgeber in Schwelm den Vertrag als etwas Selbstverständliches anerkannt haben, für ihn keine Entzweiung geboten werden konnte, wir das aber auch gar nicht wollten. Derselbe hätte sich und seinen früheren Arbeitern viele Unannehmlichkeiten sparen können, wenn er sich früher zu diesem Entschluß durchgerungen hätte. Damit erklären auch wir die seit Juni 1907 bis 25. März 1908 von unseren Mitgliedern korrekt durchgeführte Sperrung bei der Firma Müller für aufgehoben. Die aber am 23. März 1908 nochmals vom freien Maurerverbande verhängte und am 25. März aufgehobene Sperrung bezeichnen wir als eine Sperrung von Arbeitswilligen des freien Maurerverbandes.

Berlin Münster.

Osnabrück. In den meisten zur Verwaltungsstelle gehörnden Zählstellen ist man im Laufe der letzten Monate mit Forderungen an die Arbeitgeber herantreteten. In Osnabrück, Mecke und Bengerich, wo die Arbeitgeber dem Bunde angehören, wurden Verhandlungen gepflogen, deren bisheriger Verlauf nicht allzu große Hoffnungen aufkommen läßt. In Osnabrück scheint den Arbeitgebern die Beschichte schon etwas langweilig zu werden, sie schlagen deshalb den Weg der Diktatur ein. Das neueste Vertragsmuster wurde uns am 4. April, in allen fraglichen Punkten ausgefüllt, zugesandt, — natürlich ohne jegliche Verbesserung, — so daß es nur noch der Unterschriften bedarf. In Hiltter, Hagen und Diepholz, wo wir ebenfalls Forderungen eingereicht haben, bleiben diese seitens der Unternehmer unbeantwortet. Wir hatten das nicht erwartet, zumal die Arbeitslöhne, besonders in Hiltter, derartig bescheiden sind, (27 bis 30 Pf. pro Stunde), daß die Forderung einer Aufbesserung nicht nur berechtigt, sondern unbedingt notwendig sind. In Diepholz greift man sogar schon vor der Einreichung der Forderung zur Maßregelung. Wegen seiner Tätigkeit für den Verband wurde der Kollege Tieling in ganz ungehöriger Weise ohne Rücksicht auf seine 18jährige Dienstleistung, von seinem Arbeitgeber entlassen. Der Arbeitgeber hielt ihm vor: er sei Schuld daran, daß am Drie ein Verband sei, er wiegele die Leute auf, er schicke das Geld nach Berlin, er wolle ihn kaputtmachen, usw. Unser Kollege hat in der Zeit, wo er keine Arbeit hatte, keinen Hunger gelitten, dafür sorgte schon der Verband, für den er eingetreten war; es dauerte aber gar nicht so sehr lange, da fand er schon wieder Arbeit bei einem anderen Diepholzer Meister, der scheinend mit den Arbeiterrechten schon etwas mehr vertraut ist, als Meister Geiser. Die Konjunktur ist in den drei letztgenannten Orten ziemlich, in Hagen sogar sehr gut. Falls die Arbeitgeber an diesen drei Orten noch ferner den Unbekümmerten zu spielen beabsichtigen, so muß ihnen das Verkehrt ihres Herrenstandpunktes auf andere Weise angeführt werden. Höchstwahrscheinlich leiden sie an einer Anstehung seitens des Bundes, von der sie zunächst geheilt werden müssen.

Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Stukkateure.

Hannover. Unsere diesjährige Generalversammlung zeigte folgende Tagesordnung: 1. Jahrbuch der Beiträge, 2. Kassenbericht, 3. Vorstandswahl, 4. Verschiedenes. Den Kassenbericht gab der Kassierer Koll. Wilhelm Kint, derselbe wurde von der Versammlung für richtig befunden. In den Vorstand wurden gewählt: Koll. Georg Rog als erster Vorsitzender, Fritz Kuff als zweiter; als erster Kassierer Koll. Wilhelm Kint, als zweiter Koll. Franz Kint; als Schriftführer Koll. Johann Rittmann. Revisoren wurden die Kollegen Georg Becker und Karl Jagmann. Als Parteibeteiligte die Kollegen Wilhelm Kint und Fritz Kuff. Die Kollegen nahmen die Wahl an. Kollege Gatzmeier ermahnte den Vorstand zu eifriger Tätigkeit und machte ihm seine Pflichten klar, besonders ermahnte er die Kollegen, doch die Versammlungen besser zu besuchen, denn nur dort könnten wir uns schulen. Kollege Kaufener feuerte die Kollegen an, nun den Vorstand auch tatkräftig zu unterstützen, um die Ver-

hältnisse in Hamm auch auf die Höhe zu bringen. Auch wurde beschlossen, die Mitgliederversammlungen regelmäßig am zweiten Sonntag im Monat, vormittags 11 Uhr, im Gewerkschaftshaus abzuhalten. Zum Schluß dankte der neue Vorsitzende den Kollegen für das ihm geschenkte Vertrauen und sprach die Hoffnung aus, man möge ihn nach Möglichkeit unterstützen. Wenn wir nun so geschlossen Mann an Mann, Schulter an Schulter marschieren, können wir über alle Hindernisse, so groß sie auch sein mögen, hinweg.

Maurer.

Wissburg, den 29. März 1908. Unter dem heutigen fand eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung statt, in der Kollege Hermann aus Pfarfischen in Vertretung des Kollegen Brüdner referierte und zwar über das Thema: Die gegenwärtige Lage im Baugewerbe. Nach einer allgemeinen Referenz über die derzeitigen wichtigen Momente in der Bauarbeiterbewegung behandelte derselbe unsere Lage am hiesigen Platze, die in Vorbereitung zur Erneuerung des am 31. März ablaufenden Tarifvertrages für uns von großer Bedeutung ist. Die darauf folgende Diskussion ergab den einmütigen Willen, den Tarif mit einigen besseren Bedingungen zu erneuern. Es wurde sofort eine Lohnkommission gewählt, um in nächster Zeit mit den Unternehmern zu verhandeln.

Goesefeld. In Nr. 10 des „Bauhilfsarbeiters“ wird in dem Bericht unter „Goesefeld“ den christlichen Arbeitern Freiheit vorgeworfen, da sie angeblich das „Thema“ in einer am 16. Februar vor freier Seite einberufenen Versammlung gestrichelt und deshalb den Saal verlassen hätten. Von Furcht kann im entferntesten nicht die Rede sein, denn wir brauchen einen Gauleiter Peters nicht zu fürchten. Die betreffende Versammlung war einberufen, ohne bekanntzugeben, von welcher Seite dieses unternommen war. Die zahlreich erschienenen christlichen Arbeiter verlangten daher Bureauwahl, was aber seitens der Genossen, — denn als solche entpuppten sich die Veranstalter — entschieden abgelehnt wurde. Der Leiter der Versammlung ging einfach über die Forderung der Anwesenden hinweg und gab dem Gauleiter Peters das Wort. Hiergegen protestierten die christlichen Arbeiter und verließen geschlossen das Lokal. In unserem Verhandlungslokal hielten wir dann eine eigene Versammlung ab, in der Kollege Artmann (Borghorst) über freie und christliche Gewerkschaften referierte. Freiheit ist also auf Seiten der Genossen zu suchen, welche die christlichen Arbeiter provozieren, das Lokal zu verlassen; wäre auf unserer Seite Freiheit vorhanden gewesen, so hätten wir ja die Versammlung meiden können, die wenigen Mitglieder, welche die Genossen hier zusammengetrommelt haben, gönnen wir ihnen gerne. Der Führer, ein Maurer Frat, hat hier während der Ausperrung 1907 Streikbrecher gespielt, hat dann von dem Meister seinen Lohn bekommen, indem ihn dieser auf die Straße setzte; bei uns wurde er nicht wieder aufgenommen, darum mußte er sich zu den Genossen wenden. Der Anhang, den er fand, bestand aus Gelegenheitsarbeitern und solchen Leuten, die bei uns wegen rückständiger Beiträge gestrichen wurden. Ob Peters lange Freude daran hat?

Dissen. (Sozialdemokratische Agitationsblätter.) Am 16. März besuchten drei Genossen unseren Kollegen Schulte in seiner Wohnung, um ihn mit einem Einladungsblatt zu ihrer demnächstigen Versammlung zu beehren. Damit hielten sie ihre Aufgabe aber noch nicht für erledigt, sie hatten ihr Augenmerk nämlich noch auf einen Gegenstand gelenkt, der in ihrem Kram wohl nicht so recht passen mochte; es war das Mitgliedsbuch unseres Kollegen, welches zufälligerweise auf dem Tisch lag. Mit dem Bemerkten, „das wollen wir man erst mitnehmen“, suchten sie das Buch. Auf mehrmaliges Auffordern unseres Kollegen, ihm sein Buch wieder herauszugeben, wurde ihm die Antwort: „das geht dir nichts an, wir nehmen das Buch mit“. Erst nach etwa 14 Tagen gelang es unserm Kollegen, wieder in den Besitz seines Buches zu kommen. Der Genosse Spiering, der sich auch schon vor dem besagten Vorfall gemeldet hat durch seine Agitationsweise, sucht nun mit frecher Stirn sich herauszulassen, indem er vorgibt, unser Kollege habe sich unverschämlich lassen wollen, obwohl sich dieser herzlich dafür bedankt hat. Von einer Anzeige haben wir Abstand genommen, weil das unbefugte Mitnehmen von Gegenständen ja auch als eine Krankheit gedeutet werden kann. Im übrigen kann uns eine derartige Agitationsweise nicht weiter imponieren, sie richtet sich selbst. Nur eins ist dabei zu bedauern, nämlich: Sie erschwert das Zusammengehen bei wirtschaftlichen Kämpfen und zwar auf Kosten der Arbeiterkraft. In Dissen wird man auch demnächst daran denken müssen, Verbesserungen in bezug auf Lohn- und Arbeitsbedingungen anzustreben, wäre da Einigkeit nicht sehr erwünscht? Will man also seitens der bezeichneten Organisation wirklich Arbeiterinteressen vertreten, so lenke man zunächst in der Agitation andere Bahnen ein.

Witten (Ruhr). Unsere diesjährige Generalversammlung war gut besucht. Als Referent war Kollege Janßen aus Bochum zur Stelle. Die Tagesordnung war folgende: 1. Jahres-Kassenbericht, 2. Vorstandswahl, 3. Vortrag des Koll. Janßen, 4. Verschiedenes. Kollege Werner gab den Kassenbericht, der von den Revisoren für richtig befunden wurde, worauf ihm Entlastung gegeben werden konnte. Zum Vorstand wurden gewählt als erster Vorsitzender Koll. Siede, als zweiter Koll. Beier; als erster Kassierer Koll. Werner, Hilfskassierer Koll. Seefemann und als Schriftführer Koll. Kramer. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl an. Als Revisoren wurden die Kollegen Trümper und Dormieden gewählt. Nachdem Kollege Siede als Vorsitzender die Kollegen ermächtigte, die Versammlungen mehr zu besuchen und den Vorstand nach Möglichkeit zu unterstützen, erhielt Koll. Janßen das Wort zum Vortrag. Derselbe referierte über das Entstehen der gelben Gewerkschaften. Wir konnten daraus entnehmen, daß in den meisten Fällen die Unternehmer als Gründer der gelben Gewerkschaft in Betracht kommen. Es ist daher unsere Aufgabe, als tüchtige christliche Gewerkschaftler unsere Schuldigkeit zu tun, dann werden die „gelben“ Bäume schon nicht in den Himmel wachsen.

Steinarbeiter.

Dem Verwaltungsbericht der Steinbruchberufsgenossenschaft vom Jahre 1906, der uns leider etwas zu spät zu Händen kam, entnehmen wir folgendes: Unfälle kamen im Berichtsjahre 2549 gegen 2436 zur Anmeldung. Auf 1000 Sollarbeiter entfallen 15,00 (1906) gegen 15,14 im Jahre 1905. Die Zahl der Verletzten ist von 427 122 im Jahre 1905 auf 459 929 im Jahre 1906 gestiegen. Erfreulich ist, daß die Zahl der Unfälle, wenn auch nur um ein geringes, zurückgegangen ist. Leider ist die Unfallziffer mit tödlichem Ausgang von 238 auf 259 gestiegen. Die Zahl der hinterlassenen Kinder beträgt 404. Insgesamt wurden von der Berufsgenossenschaft an Renten, Unterstützungen, Eterbegeh, Abfindungen und für Kur- und Heilverfahren 4 414 999 M. ausbezahlt. Selbststrafen wegen Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften wurden in 245 Fällen verhängt. Der Gesamtstrafbetrag beläuft sich auf 4702 M. Die einzelnen Strafgebühren bewegten sich zwischen 3 und 300 M. Auffallend ist, daß nur vier Strafen zu je 100 M., und je eine Strafe zu 150, 200 und 300 M. verhängt wurden, wohingegen Strafen zu 3 M. 25 mal, zu 5 M. 36 mal, zu 10 M. 78 mal und zu 20 M. 38 mal zu verzeichnen sind. Wir sind der Meinung, daß hier der Straß umgedreht werden müßte, wenn eine größere Einschränkung der Unfälle erzielt werden soll. Sehr bedauerlich ist, daß in 116 Fällen Geldstrafen gegen Arbeiter wegen Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften verhängt werden mußten. Die derartige Verurteilungen zuzunehmen, darüber ist man sich in Arbeiterkreisen klar; hoffentlich gestugt

es uns durch Aufklärung und Belehrung, daß es jeder Arbeiter verschnäht, aus kleinlicher Menschenfurcht oder gar aus Diebdieneret sein und seiner Kollegen Leben und Gesundheit zu schädigen. Un Arbeitslöhnen wurden im Jahre 1906 von den der Berufsgenossenschaft unterstellten Betrieben 17 098 652 M. mehr ausgezahlt als im Jahre 1905. Durch eine Tabelle ist die Steigerung der Jahres- und Tagesarbeitslöhne der Sollarbeiter (zu 800 Arbeitstagen gerechnet) veranschaulicht. Demnach betrug der Tagesarbeitsverdienst in den Jahren 1886 2,12 M., 1890 2,40 M., 1895 2,45 M., 1900 2,88 M., 1905 3,13 M., 1906 3,29 M. Diese Lohnsteigerung gab dem Berichterstatter Veranlassung zu folgender Bemerkung: „Die nähere Betrachtung vorstehender Zahlenreihen lehrt, daß in den letzten zwanzig Jahren in allen Teilen des Deutschen Reiches die Löhne in der Steinindustrie unaufhaltsam gestiegen sind. In zwei Jahrzehnten hat sich das Durchschnittseinkommen des Sollarbeiters um über die Hälfte erhöht. Das ist eine ganz außerordentlich günstige normale Entwicklung. Wenn auch die Verteilungen der Arbeiter auf Erhöhung ihres Einkommens fernerhin anhalten werden, und jeder Unternehmer gut tun wird, in der Zukunft ebenfalls mit einer Zunahme der Arbeitslöhne zu rechnen, so muß sich jeder Einseitige doch sagen, daß ein gleich starkes Wachstum der Löhne wie seither auf die Dauer unmöglich anhalten kann. Auf die Seiten einer außerordentlich schnellen wirtschaftlichen Entwicklung mit ihren gewaltigen Lohnsteigerungen müssen wieder Perioden des ruhigen Fortschrittes in gleichmäßigen Bahnen folgen. Die Notwendigkeit dieser Erkenntnis ist unabweisbar, und alle einseitigen Arbeiter werden gut tun, bei ihren weiteren Forderungen auf Lohnsteigerungen, dieser Sachlage Rechnung zu tragen.“

Wenn wir uns auch mit einigen Anschauungen des Berichterstatters einverstanden erklären können, so ist es uns vorläufig nicht möglich, uns den Glauben an eine außerordentliche, günstige, normale, gewaltige Lohnsteigerung beizulegen. Wir sind vielmehr der Ansicht, daß in der Steinindustrie außerordentlich ungünstige, anormale und gewaltige Mißverhältnisse bestanden haben. Wir können auch nicht merken, daß die Löhne der Steinarbeiter so gewaltig und anormal über die Löhne anderer Berufsgruppen hervorragen. So lange die Unternehmer sich den Luxus erlauben können, bei Subventionen so gewaltige Unterbietungen zu machen, und so lange die Jahresbilanzen der verschiedenen Aktiengesellschaften so gewaltige Reingewinne aufweisen, so lange glauben wir, ist es das gute Recht der Arbeiter, von dem Arbeitgeber einen Lohn zu verlangen, der so bemessen ist, daß auch der Arbeiter mit seiner Familie ein menschenwürdiges, den jetzigen Verhältnissen entsprechendes Leben führen kann. Ob letzteres jetzt schon bei der großen Masse der Steinarbeiter der Fall ist, und das Darben und Notleiden nur einem kleinen Teil zukommt, glauben wir, ohne mit der Wahrheit in Konflikt zu kommen, mit nein beantworten zu können. Erfreulich für uns ist, daß in diesem kurzen Bericht, wenn nicht direkt, so doch indirekt zugegeben ist, daß die Arbeiter (soll Gewerkschaften heißen) durch ihre Bestrebungen nach wirtschaftlicher Besserstellung die Triebfeder zu dieser „anormalen, außerordentlichen, günstigen und gewaltigen“ Lohnsteigerung abgegeben haben.

Soziale Wahlen.

Duisburg. Bei der am 27. März stattgefundenen Gewerbe-gerichtswahl wurden für die Liste der christlichen Kandidaten 228 Stimmen abgegeben, für die Liste der Sozi 1871, für die Liste der Hirsch-Dunker'schen, evangelischen Arbeitervereine und nationaler Wahlvereine wurden 1066 und für die der Polen 130 Stimmen abgegeben. Die christliche Liste gewann in diesem Wahlgange gegenüber 1906 351 Stimmen, die der Sozi gewann gegen die Wahl vor zwei Jahren 11 Stimmen, die Hirsch-Dunker'schen und vereinigten evangelischen Arbeitervereine gewannen 392 Stimmen. Hierbei kommt für die christliche Liste in Betracht, daß vor zwei Jahren noch die evangelischen Arbeitervereine mit uns Hand in Hand gingen, bei der jetzigen Wahl war dies leider nicht der Fall, sondern sie hatten sich mit den Hirschen vereinigt. Vor zwei Jahren wurden für die Hirsche 674 Stimmen abgegeben. Das Zusammengehen hat trotzdem keinen nennenswerten Erfolg gehabt, und das, obwohl der ganze Generalfstab von Rheinland und Westfalen am Wahltag in Duisburg versammelt war; er konnte das Unheil nicht aufhalten. Die größte Blamage haben trotz ihrer wüsten Lege die Genossen zu verzeichnen. Nach ihrer mit großem Lantam eingeleiteten Wahl-agitation sollte endlich der rote Kurs in Duisburg siegen, aber ein relativer Rückgang gegenüber der christlichen Liste war der Erfolg. Die christliche Arbeiterschaft kann mit dem Erfolg zufrieden sein, zumal sie diesmal aus eigener Kraft siegte, jede Sonderinteressengemeinschaft auszuscheiden mußte. Auf den bis jetzt errungenen Erfolgen darf dieselbe aber nicht ausruhen, sondern immer weiter arbeiten, damit wir im Jahre 1910 weit größere Erfolge erringen.

Trier. Bei der am Sonntag, den 5. April, stattgefundenen Vertreterwahl zur Baugewerkschafts-Sinnungs-Kassenkasse entfielen von den 140 abgegebenen Stimmen 112 auf die christliche Liste, welche somit gewählt wurde. Eine klägliche Rolle spielten bei dieser Wahl die Mitglieder der katholischen Fachabteilungen. Es waren je eine Kandidatenliste von Seiten der christlichen Gewerkschaften und eine von Seiten der Kasse oder besser gesagt von Seiten der Sinnungsmeister für die Arbeitnehmer aufgestellt. Da nun aus der ganzen Stimmung zu ersehen war, daß die Liste der christlichen Gewerkschaften mit großer Mehrheit siegen würde, erlaubte sich ein Fachabteiler, zugleich Vorstandsmitglied, die Bemerkung, daß nur die von ihm ausgegebenen Stimmzettel allein maßgebend seien, alle übrigen seien ungültig. Diese Bemerkung wurde von Seiten unserer Kollegen mit einem satirisch gemünzten Bravourstück aufgenommen. Da dieser Schreckschuß uns nichts half, so erlaubte sich derselbe, die Versammlung für geschlossen zu erklären, da der erste Vorsitzende, ein Arbeitgeber, bereits fort sei, also könne die Wahl nicht stattfinden. Er wurde aber von den übrigen Vorstandsmitgliedern eines Besseren belehrt. Da die wenigen anwesenden Vertreter der freien Gewerkschaften für die christliche Liste stimmten, konnten die Fachabteiler nur 28 Stimmen aufbringen. Daß die traurigsten Zustände in dieser Kasse herrschen, wird wohl niemand bestreiten können, der die Verhältnisse kennt. Der „Arbeiter“, der so viel vom Terrorismus der Christlichen zu schreiben weiß, möge einmal hier untersuchen, was das ist, wenn eines ihrer Mitglieder, und noch dazu in so ungeschickter Weise, Wahlbeeinflussung treiben will, und mit allen Mitteln versucht, den Erfolg für uns unmöglich zu machen. Durch ihre Abstimmung haben die hiesigen Fachabteiler ihre Zustimmung zu den traurigen Verhältnissen in dieser Kasse gegeben. Hoffentlich hat dieser Tag den hiesigen Arbeitern die Augen geöffnet, daß sie einsehen, wie die Interessen der Arbeiter von den so „leistungsfähigen“ Fachabteilungen vertreten werden.

Von den Arbeitsstellen.

Hannover. Bei der Vergabung der Maurerarbeiten für das am Bolgerweg zu errichtende Justizgebäude im Submissionswege wurden folgende Angebote abgegeben: August Fischer (Münster i. W.) 177 340 M., Roswan & Knauer (Hannover) 209 642 M., H. F. Lehmann (Hannover) 213 865 M., de Neuf (Hannover) 220 093 M., Brodmann & Henning (Hannover) 223 358 M., Heinrich Heeren (Hannover) 237 104 M., Düne (Han-

nover) 239 472 M., Max Küster (Hannover) 246 772 M., E. & Feide (Hannover) 247 147 M., G. Wehrenß (Hannover) 259 9 Dierling & Eggers (Hannover) 261 133 M., Aug. Widjneck (Hannover) 267 249 M., Friedrich Brauns (Hannover) 270 64 H. Jahnz (Hannover) 272 870 M., Stapelberg & Schermer (Hannover) 273 133 M., G. Wölleling (Hannover) 277 038 M., Kewel (Hannover) 282 582 M., Deneke (Hannover) 298 3 und G. Deplate (Hannover) 360 161 M. Die Mindestforderung beträgt also noch nicht 50 Prozent der Höchstforderung. Die Differenz ist um so unerklärlicher, als es sich nur um Arbeiten ohne Lieferung von Material handelt und für die besten zwischen den Arbeitnehmern und Arbeitgebern feste bestehen. — So wird von den Vertretern des Handwerks Handwerk „gehoben“.

Menkhardt, Westph. Am Mittwoch, den 8. April, verung unser Kollege, der Bauhilfsarbeiter Kürbis. Derselbe war Überbringer eines Hauses am Markt beschäftigt; plötzlich fiel eine um und begrub den Kollegen unter sich. Er konnte nur von anderen Arbeitern aus seiner gefährlichen Lage befreit werden. Der Schwerverletzte, der beide Beine gebrochen und einige Rippen davongetragen hat, wurde alsdann dem Krankenhause führt. Wen die Schuld an diesem Unglücke trifft, konnte noch festgestellt werden; hoffentlich bringt die Untersuchung Klarheit den Tag. Für viele wird es aber eine Lehre sein, wie man bei solchen Arbeiten sein muß.

Briefkasten.

Ruhroet, Robert Scheidt. Da wendest Du Dich an Kollegen Pfeffer selbst, er wird Dir bereitwillig Auskunft

Bekanntmachungen.

Das Herbergsdorschen der christlichen Gewerkschaften Frankfurt a. M. war bisher, wie auch an so vielen Orten, ein ganz unregelmäßiges. Namentlich für die nicht professionellen Vereinen angehörenden hier zugereisten Mitglieder christlichen Gewerkschaften hat sich dies nach verschiedenen Seiten als recht lästig erwiesen. Nimmere aber ist seitens des hiesigen Gewerkschaftsstellens Frankfurt a. M. mit dem Vererbhaus „Jungmannsheim“, Langestr. 16, ein Abkommen dahin getroffen, wonach daselbst die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften zum Preise von 50 Pfg. per Nacht Logis bekommen können. Seitens der Kartelleitung wurden die Betten in Richtung in Augenschein genommen und alles sauber und befunden. Die Benützung des Logis kann darum allen Gewerkschaftsmitgliedern nur empfohlen werden. Allen, die das benutzen wollen, lösen sich auf dem Gewerkschaftsbureau, in der Gasse 3 I, zum Preise von 50 Pfg. eine Logis Karte und diese bei der Hausverwaltung, Langestr. 16, ab. Das christliche Gewerkschaftsstellens Frankfurt a. M. D. Schleicher, Vorsitzender.

Achtung! Verwaltungsstelle München. Der Kassierer R. Stegemüller wohnt jetzt Börtelstraße

Als verloren werden gemeldet die Buch-Nr. 43 949 lautend auf Franz Steinauer von der Verwaltungsstelle München; die Buch-Nr. 155 228 lautend auf Jos. Penzel von der Joh. Lehmann.

Achtung! Verwaltungsstelle Mülhausen i. G. Alle zureisenden Kollegen mögen sich an den Kollegen Heinrich Wöhlkühnsstraße 12 I, bei Abwesenheit an den Sr. Fischer, Wöhlkühnsstraße 19 II, wenden.

Bezirk Westpreußen. Mit Genehmigung des Hauptvorstandes wird nach § 8 Statuts eine

Bezirks-Konferenz nach Dirschau einberufen. Dieselbe findet am 10. Mai 1908, vormittags punkt 11 im Lokale des Herrn Anders, Weichselstraße 1, statt.

- Tagesordnung:**
1. Bericht des Bezirkssekretärs und der Delegierten.
 2. Das Kassen- und Unterstützungswesen im Verband in den Bezirksstellen.
 3. Wie fördern wir die Agitation?
 4. Beratung der Anträge.
- Jede Bezirksstelle ist verpflichtet, auf eigene Kosten einen Vertreter zu entsenden. Anträge müssen bis 3. Mai in den Händen des Bezirksleiters sein.

Der Bezirksleiter. Heinrich Müller, Danzig, Ködiche Gasse 1.

Achtung! Zierlohu. Die Kollegen, welche zugereist sind, es aber nicht für notwendig halten, sich anzumelden, werden aufgefordert, dies unverzüglich nachzuholen. Die Adresse des Vorsitzenden ist August Ungerstraße 9. Außerdem ist jeden Sonntag von 11—1 Uhr Logis im Verbandslokale Sokoli, Karrenstraße. Ebenso in der Hauskassier Anmeldungen entgegen.

Storbekannt.
Am 29. März starb unser Mitglied Friedrich Kühn im Alter von 53 Jahren an Lungen- und Nierenentzündung. Zahlstelle Wierneheim.
Am 3. April starb unser Mitglied Ferdinand Wischer im Alter von 21 Jahren an Blinddarmentzündung. Zahlstelle Buer.
Am 9. April starb unser Mitglied Karl Broderick im Alter von 26 Jahren. Zahlstelle Dortmund (Stuttardener).
Ehre ihrem Andenken!

Achtung! Zahlstelle Geisler. Am Sonntag, den 26. April, nachm. 4 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung im Verbandslokale. Sämtliche Mitglieder müssen erscheinen. Der Vorsitzende

Achtung! Schallodenbach. Achtung! Am Montag, den 20. April, nachmittags 1 Uhr, findet der Wirtschaft Weisenheimer eine Mitgliederversammlung der christlichen Bauhandwerker statt. Zahlreicher Besuch und pünktliches Erscheinen ist erwünscht. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Der Vorsitzende

Welches Geschäft oder Kollege weist Fliesenarbeit nach? Offerten unter W. N., Postamt 10, Hannover, ein